



Überfall auf Rentnerpaar: Angeklagter bestreitet Bluttat

Die Frau stirbt sofort, ihr Mann drei Wochen später. Ein Gericht muss über den Fall urteilen, doch ein Beweisstück ist verschwunden.

Bochum. Im Prozess um den brutalen Raubmord an einem Rentnerpaar im Ruhrgebiet streitet der Angeklagte jede Schuld ab. Der 35-jährige Handwerker aus Recklinghausen äußerte sich am Mittwoch zum Prozessauftakt vor dem Bochumer Schwurgericht nicht selbst zu den Vorwürfen. Er ließ seinen Verteidiger Jens Tuschhoff erklären, dass er mit der Tat nichts zu tun habe. „Wir sind überzeugt, dass der Angeklagte diese Tat nicht begangen hat“, so Tuschhoff. Das

werde der 35-Jährige an einem der folgenden Verhandlungstage auch selbst ausführen.

Das Rentnerpaar war in den Morgenstunden des 10. Februar 2017 in seiner Bochumer Wohnung überfallen worden. Die 79-jährige Frau und ihr ein Jahr jüngerer Ehemann, der auf einen Rollstuhl angewiesen war, wurden dabei grausam misshandelt. Laut Anklage wurde ihnen gegen den Kopf geschlagen und getreten und der Frau mit einem Messer in den

Hals gestochen. Sie war noch am Tatort gestorben. Drei Wochen nach der Tat starb auch der Mann.

Verteidigung bemängelt Panne

Der Prozess begann mit der Bekanntgabe einer Ermittlungspanne: Laut Verteidigung sind die sichergestellten Schuhe verschwunden, die der Angeklagte bei der Tat getragen haben soll. Angeklagter soll sich daran Blutspuren befinden. Die Ermittler hatten bei

der Aufklärung des Falls lange im Dunkeln getappt. Der wegen Gewaltdelikten bereits mehrfach vorbestrafte Angeklagte war erst fünf Monate nach der Bluttat festgenommen worden. Auslöser war ein DNA-Treffer. An einer Hose der getöteten Frau soll sich eine DNA-Spur befinden, die dem 35-Jährigen zuzuordnen sein soll. Die Verteidigung hält das für wenig aussagekräftig. Schließlich habe der Angeklagte einige Monate vor der Tat in der Wohnung des Rentner-Ehe-

paars bei Renovierungsarbeiten geholfen, weil er mit dem Sohn des Paares bekannt sei. Dazu habe es bei der Auswertung der DNA-Spuren Beschriftungsfehler gegeben.

Die Anklage lautet auf Mord, Mordversuch, schwere Körperverletzung und schweren Raub. Das Schwurgericht hat für den Prozess zunächst noch neun Verhandlungstage vorgesehen. Die Richter haben allerdings schon signalisiert, dass sie damit wohl nicht auskommen werden. (Inw)

Herz der Energie-Industrie von morgen?

In Jülich wollen drei Kommunen ein deutschlandweit einzigartiges Gewerbegebiet realisieren: den „Brainery-Park“

VON VOLKER UERLINGS

Jülich. Vor den Toren Jülichs wollen drei Kommunen aus dem Dürener Nordkreis in dieser Form deutschlandweit einzigartiges Gewerbegebiet auf den Weg bringen. Das lässt schon der Name „Brainery-Park“ vermuten, der die englischen Begriffe „Brain“ (Gehirn) und „Energy“ (Energie) verbindet. Wenn man so will: Energie mit Köpfchen. Was damit gemeint ist, wurde gestern etwas klarer, denn nun liegt der Masterplan vor. Auf dem Gelände der früheren Rundfunksendestelle Merscher Höhe



Hier soll der Brainery-Park entstehen: Das Areal liegt auf der Merscher Höhe nördlich von Jülich, es umfasst rund 50 Hektar und befindet sich nur wenige Gehminuten vom Campus Jülich der FH Aachen entfernt. Montage: ZVA/Horst Thomas, Quelle: Google Earth

„Dieser Plan ist das richtige Signal nach Berlin. Wir wollen für Deutschland ein Modell sein.“

IHK-GESCHÄFTSFÜHRER
MICHAEL BAYER

soll ein Spezialbereich für Firmen und Forscher entstehen, die die Energiewende vorantreiben und dabei die hohe Kompetenz am Standort unmittelbar anzapfen möchten. Der Fachhochschul-Campus und das FH-Solarinstitut sind wenige Steinwürfe entfernt, Forschungszentrum und Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Sichtweite.

Wer sich dort ansiedelt, wird im Grunde ein vollständiges „Arbeitsdorf“ vorfinden: mit Gebäuden, die sich um ein multifunktionales Zentrum gruppieren, das die gesamte Versorgung steuert und allen Nutzern Wärme, Kälte, Gas, Wasser und schnellsten Datentransfer liefert beziehungsweise ermöglicht. „Wir wollen auch ein Leuchtturm für den Strukturwandel sein“, sagte Tobias Ell, der für Carpus + Partner (Aachen) den Masterplan vorstellte und in der Grundkonzeption sogar ein „Modell für die Stadt der Zukunft“ sieht, die dann in Jülich beispielhaft zu sehen wäre. Labore, Solar-

und Windkraftnutzung, Elektro-Tankstellen und ein großer Teich, der als Energiespeicher genutzt werden soll, gehören zum Plan wie auch ein Grünzug und ein kleines Boarding-Haus für Gäste.

Gut sieben Hektar soll der Spezialbereich des „Brainery-Parks“ groß werden – mit Erweiterungspotenzial. Die Gesamtfläche umfasst über 50 Hektar. Um das innovative Herzstück herum sind „normale“ Gewerbeansiedlungen von Handwerkern und produzierenden Unternehmen vorgesehen. Die Präsentation am Mittwoch bein-

druckte die geladenen Gäste aus der Region. „Dieser Plan ist das richtige Signal nach Berlin. Wir wollen für Deutschland ein Modell sein“, sagte Michael Bayer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Aachen. Peter Deckers, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Aachen, sieht ein „ausgesprochen interessantes Konzept“ auch fürs Handwerk.

Die Fachhochschule Aachen als direkter Nachbar will ihr Know How schon bei der

Konzeption und Steuerung der Versorgungs-Schlagadern einbringen, hat aber noch viel mehr vor. Das wäre eine Aufgabe des Solarinstituts Jülich. Tätig werden sollen im „Brainery-Park“ aber auch weitere Fachschaften. „Wir haben den erfolgreichsten Digitalisierungs-Studiengang in ganz Deutschland“, deutete der Jülicher Standortsprecher Professor Volker Sander eine weitere nutzbare Schnittmenge an. Und Firmen finden Fachpersonal vor Ort.

Auch wenn es viele gute Argumente für das Projekt gibt, liegen noch Hürden vor der Stadt Jülich

und ihren Nachbargemeinden Titz und Niederzier, die den Stein durch ihre beispielhafte interkommunale Zusammenarbeit ins Rollen gebracht haben. Die Finanzierung ist von diesem Trio nicht zu stemmen. Auf gut 56 Millionen Euro summiert sich die Kosten-schätzung für alles, was den Spezialbereich des „Brainery-Parks“ ausmacht. Schon seit der Ausarbeitung dieser Idee sind Fördergelder wesentliche Voraussetzung für eine Realisierung. Auch die Erstellung des Masterplans wurde vom Land bezuschusst. Düsseldorf ist auch die erste Adresse, die von den möglichen künftigen Betreibern angesteuert wird, um die Fördermöglichkeiten auszuloten. Und danach sicher Berlin.



Prof. Volker Sander, Standortsprecher FH-Campus Jülich, stellte die Pläne gestern vor. Foto: Guido Jansen

Kritik an Studiengebühren

Professoren lehnen Extrabeiträge für Nicht-EU-Ausländer überwiegend ab

Düsseldorf. Die mögliche Einführung von Studiengebühren für Ausländer stößt in Wissenschafts- und Hochschulkreisen überwiegend auf Ablehnung. „Nahezu alle Hochschulen haben in den letzten Jahren Internationalisierungsstrategien entwickelt, die durch die Studienbeiträge für internationale Studierende gefährdet sein können“, heißt es etwa in einer Stellungnahme der Fachhochschulen in NRW.

Die schwarz-gelbe Landesregierung denkt darüber nach, Studiengebühren von 3000 Euro im Jahr von Nicht-EU-Ausländern zu verlangen. NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos) knüpft die Einführung aber daran, ob ein ähnliches Modell in Baden-Württemberg erfolgreich ist. Auf Antrag der Grünen-Fraktion

befasste sich gestern der Wissenschaftsausschuss im Düsseldorfer Landtag mit dem Thema.

Die Landesrektorenkonferenz der FHs kritisierte zudem, dass es zahlreiche Ausnahmen von der Gebührenpflicht geben soll, etwa für sozial benachteiligte Studierende oder solche aus Entwicklungsländern. Vor diesem Hintergrund stehe der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Einnahmen, wie erste Erfahrungen in Baden-Württemberg zeigten.

Die Vertreter der Fachhochschulen regten stattdessen an, Gebühren für Langzeitstudierende einzuführen. Ähnlich äußerte sich der Hochschullehrerbund NRW. Die Einführung von Studiengebühren erscheine

angesichts einer „überaus befruchtenden Internationalisierung von Bildung“ nicht sinnvoll und ebenso aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit abzulehnen.

Auch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das Studiengebühren nicht grundsätzlich ablehnt, sprach sich strikt gegen Gebühren für Nicht-EU-Ausländer aus. Dagegen forderten die Universitäten in NRW eine differenzierte Debatte. Studiengebühren seien nicht generell abzulehnen.

Einhellig forderten die Wissenschaftsvertreter aber, die Finanzierung der Hochschulen und Universitäten stärker zu verstetigen, um etwa befristete Stellen in unbefristete umwandeln zu können. Die finanziellen Mittel pro Student seien in den vergangenen Jahren gesunken. (kib)



Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen denkt über die Einführung von Studiengebühren nach. Foto: dpa

Reaktion auf Gerüchte

Hürtgenwald: Veruntreuungsfall erregt Gemüter

Hürtgenwald. Die Gemeinde Hürtgenwald reagiert mit einer Stellungnahme auf die unter anderem im Internet zunehmenden Gerüchte rund um den Veruntreuungsfall, der im Dezember publik geworden ist. In erster Linie geht es Bürgermeister Axel Buch (CDU) darum zu erklären, warum die Verwaltung wenige konkrete Angaben zu den Geschehnissen macht. Mit den „bisher bekannten Informationen“ werde das Rathaus wegen „Unschuldsvermutung und sozialer Fürsorgepflicht gegenüber dem Betroffenen“ bis zum Ende der Ermittlungen zurückhaltend umgehen.

Zu den „allgemeingültigen Aussagen“, die der Bürgermeister nur treffen könne, zählt etwa, dass ein von externen Wirtschaftsprüfern „anerkanntes internes Kontrollsystem“ praktiziert wird, das die Taten eines 39-jährigen Finanzbeamten nicht verhindert hat. Dieser hatte mit Scheinfirmen und ge-

fälschten Rechnungen mindestens 400 000 Euro veruntreut. Der Bürgermeister betont außerdem, dass der entstandene finanzielle Schaden in keinem Zusammenhang mit Steuererhöhungen oder anderen „haushaltsverbessernden Maßnahmen“ steht.

Hintergrund: Erst im Dezember 2017 hatte der Gemeinderat die Grundsteuer B von 926 auf 950 Prozentpunkte erhöht, was jährliche Mehreinnahmen von 74 000 Euro bedeutet. Heruntergerechnet entspricht der bislang bekannte Schaden 80 000 Euro jährlich. Über den aktuellen Stand der Ermittlungen wollte sich Staatsanwalt Jost Schützeberg nicht detailliert äußern. Abgesehen davon hat der Anwalt des Beschuldigten in seiner Stellungnahme vor einer Woche eine falsche Jahreszahl genannt: Der Beschuldigte ist laut Gemeinde nicht seit 2010 im Beamtenstatus, sondern seit seinem Antritt im Jahr 2000. (cro)

ERFOLG DES JAHRES

50 %

► 50 Prozent aller Bürgerbegehren haben in NRW im vergangenen Jahr zum Erfolg geführt. Von 24 abgeschlossenen Initiativen führte jede zweite am Ende zum Erfolg der Antragsteller, wie der Verein „Mehr Demokratie“ gestern in seiner Jahresbilanz mitteilte. 2016 hatte nur ein Fünftel von 25 abgeschlossenen Begehren Erfolg. Erfolgreiche Bürgerentscheide richteten sich unter anderem gegen die Sanierung eines Freibades in Augustdorf, gegen eine Sekundarschule in Dülmen, gegen ein Designer Outlet Center in Duisburg und gegen die Entwidmung von Friedhofsflächen in Pulheim. In Rheda-Wiedenbrück wurde der Bestand einer Grundschule gesichert. Der Anteil unzulässiger Bürgerbegehren lag bei einem Drittel aller abgeschlossenen Initiativen. CDU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Vorprüfung von Bürgerbegehren einzuführen, um Formfehler zu vermeiden. (dpa)

KURZ NOTIERT

Fingerabdrücke entlarven Algerier

Aachen. In einem Bus der Linie 42 von Belgien nach Aachen klickten jetzt für einen 25-jährigen Algerier die Handschellen. Beamte der Bundespolizei hatten ihn kontrolliert und dabei anhand seiner Fingerabdrücke festgestellt, dass gegen ihn zwei Haftbefehle der Staatsanwaltschaft Frankfurt vorliegen und er wegen diverser Diebstähle noch 248 Tage Haft zu verbüßen hat. Im April 2017 hatte er Deutschland verlassen und war bei Freunden in Belgien untergetaucht. Er wurde der JVA Aachen übergeben. (red)

Autofahrer zerstört vor Wut eigenes Handy

Mönchengladbach. Aus Wut über ein Fahrverbot hat ein Autofahrer in Mönchengladbach sein Handy gegen eine Wand geschleudert und sich damit einen ungewollten Fußmarsch beschert. Weil mit dem zerschellten Mobiltelefon alle gespeicherten Kontakte verloren gingen, und er deshalb keinen Bekannten zum Abholen anrufen konnte, musste der Mann seinen Weg zu Fuß fortsetzen, wie die Polizei gestern berichtete. Zuvor war er mit dem Handy am Steuer erwischt worden. Als die Beamten ihm eröffneten, dass er wegen weiter Vergehen nicht weiterfahren dürfe, mit 170 Euro Bußgeld und zwei Punkten in Flensburg rechnen müsse, kam es zu dem Wutausbruch. (Inw)

Bande: über Hundert Autounfälle erfunden

Bonn. Ein spektakulärer Betrugsprozess um erfundene Autounfälle hat gestern in Bonn begonnen: Sechs Jahre lang soll eine Bande reihenweise Schäden an Autos vorgetäuscht und über Versicherungen abgerechnet haben. Vor dem Landgericht müssen sich nun fünf mutmaßliche Haupttäter im Alter zwischen 35 und 63 Jahren verantworten. Die angeblichen Unfälle haben laut Anklage nie stattgefunden. Die Fotos der demolierten Autos soll der 39 Jahre alte Bandenchef mit einem Bildbearbeitungsprogramm hergestellt haben. Anschließend wurden die Unfallfotos Gutachtern übergeben, die Unterlagen wurden dann bei Versicherungen eingereicht. Insgesamt sollen die Angeklagten 102 Autounfälle fingiert und für die manipulierten Schäden 715 000 Euro eingestrichen haben. (Inw)

KONTAKT

Regionalredaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-397
Fax: 0241/5101-360
az-regionales@zeitungsverlag-aachen.de